

Bericht der Finanzkoordinationskommission (FiKoKo) zum Politikplan 2008-2011

1. Einleitung

An ihrer Sitzung vom 13. November 2007 behandelte die FiKoKo den Politikplan 2008-2011. An dieser Sitzung erhielt die Kommission Auskünfte von Christoph Bürgenmeier, Gemeinderat, von Reto Hammer, Abteilungsleiter Finanzen der Gemeinde Riehen und von Andres Ribi, Controller der Gemeinde Riehen.

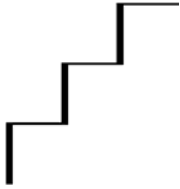
Die Kommission dankt an dieser Stelle dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem vorliegenden Politikplan.

2. Generelle Bemerkungen und Gesamtübersicht

Entwicklung des Steueraufkommens

Wie erwartet, dürfte in den Jahren 2007 und 2008 der Tiefpunkt der Steuererträge durchschritten sein und ab dem Jahr 2009 können dank gesamthaft stabilen Nettokosten der Produktgruppen und einem moderaten Planwachstum der Steuererlöse wieder ausgeglichene Jahresergebnisse erwartet werden. Die geplanten Steuereinnahmen für die Jahre 2009 bis 2011 basieren auf dem mit dem neuen Finanz- und Lastenausgleich ab 1. Januar 2008 geänderten Steuerschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden. Der neue Steuerschlüssel reduziert den Kantonssteueranteil von 60 auf 55% und erhöht den Anteil der Gemeindesteuern von 40 auf 45%. Und neu kommt im gleichen Verhältnis ein Anteil an den Vermögenssteuern dazu. Deshalb sind in den Geschäftsjahren ab 2009 markant höhere Steuereinnahmen geplant. Diese höheren Steuererlöse dienen der Finanzierung der vom Kanton übernommenen zusätzlichen Aufgaben; die entsprechenden Mehrkosten sind in den Produktkosten eingeplant. Die Veränderungen sind deshalb unter dem Strich ergebnisneutral, vergrössern aber das Volumen.

In der Schätzung der Plansteuererlöse wurde - ausser den oben erwähnten neuen Elementen - auch eine Plansteuerreduktion aufgrund der staatsquotenneutralen Umsetzung der Einführung der Wasserableitungsgebühr mit berücksichtigt. Diese neue Gebühr wurde im Politikbereich 9 „Versorgung und Entsorgung“ als Einnahme eingeplant (vgl. nachstehenden Kommentar zur Entwicklung der Nettokosten der Produktgruppen). Der Einwohnerrat wird über eine entsprechende Vorlage zu entscheiden haben.



Allerdings wird seitens der FiKoKo festgehalten, dass die Schätzung der Plansteuereinnahmen auf Annahmen beruht und deshalb einen Unsicherheitsfaktor darstellt. Wenn die Steuererlöse nur um ein Prozent tiefer als geplant ausfallen, bedeutet dies Einnahmenreduktionen von zirka CHF 550'000.

Die Steuerschätzungen wurden von einem Experten der Revisionsgesellschaft plausibilisiert und für gut befunden. Trotz einer sorgfältigen und umfangreichen Schätzmethode ist eine Abweichung von bis zu 5 Prozent nicht auszuschliessen.

Folgen von NOKE und NFA allgemein

Die im Zusammenhang mit NOKE (Neuordnung des Verhältnisses Kanton / Einwohnergemeinden) und NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) auf die Gemeinden übertragenen Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen ab dem Geschäftsjahr 2009 aufgrund des geänderten Steuerschlüssels zwischen Kanton und Gemeinde ausgeglichen. Im Jahr 2008 erfolgen als Übergangsregelung Direktzahlungen des Kantons im Betrag von 2,479 Mio. CHF. Dieser Betrag wird im Politikplan (Jahr 2008) im Bereich Neutrales als Einnahme aufgeführt (vgl. Politikplan, Seite 52, Zeile d).

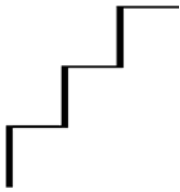
Entwicklung der Nettokosten der Produktgruppen

Während der Planperiode 2008 bis 2011 bleiben die Nettokosten der Produktgruppen insgesamt stabil. Der markante Kostensprung von 73,6 Mio. CHF im IST 2006 zu 76,2 Mio. CHF im Budget 2008 ist mehrheitlich durch NOKE/NFA-Zusatzkosten im Betrag von knapp 2,5 Mio. CHF verursacht worden (vgl. Politikplan, Seite 10, Ziffer 4 und Seite 12).

Die Reduktion der Nettokosten der Produktgruppen ab dem Jahr 2009 ist hauptsächlich auf die geplante Einführung der Wasserableitungsgebühren zurückzuführen, die im vorliegenden Politikplan bereits eingeplant wurde. Die entsprechenden *Gebühreneinnahmen* wurden in der Produktgruppe 9 (Produkt Wasser) und die Plan-*Steuermindereinnahmen* im Bereich Neutrales berücksichtigt (vgl. Texte im Politikplan: Seiten 32 und 49).

Die Kosten der Primarschule (17,4 Mio. CHF ab 2009) wurden für die Planung vorerst noch im Bereich Neutrales als Kosten eingestellt. Die entsprechenden Erlöse für diese Kosten der Primarschule werden der Gemeinde aufgrund des oben erwähnten höheren Steuerschlüssels zufließen.

Die relevanten Veränderungen vom IST-Jahr 2006 zum Budget 2008 finden sich im Politikplan auf den Seiten 36/37.



Jahresergebnisse

Das erwartete Jahresergebnis weist im Jahr 2008 noch einen Verlust von 1,675 Mio. CHF aus. Für die Planjahre ab 2009 werden nach dem aktuellen Planungstand wieder ausgeglichene Jahresergebnisse erwartet.

Die Entwicklung der geplanten Jahresergebnisse wird massgeblich beeinflusst von den Plannettokosten der Produktgruppen und den Plansteuereinnahmen.

Strukturkostenumlagen

Als Strukturkosten der Gemeinde werden jene Kosten (Stundenleistungen, Dienstleistungen und Sachmittel) bezeichnet, die nicht unmittelbar durch die Produktherstellung verursacht werden, sondern hauptsächlich für das Funktionieren und Managen des Gesamtbetriebs benötigt werden (z.B.: Verwaltungsleitung, Stabsdienste, Sekretariat, Rechnungswesen, Informatikdienste, Dokumentationsstelle, Weibel-/Hausdienst, Telefonzentrale, Materiallager). Die Detailliste der Plan-Strukturkosten wurde der FiKoKo zur Verfügung gestellt und erläutert. Die Strukturkosten betragen im IST 2006 6,9 Mio. CHF, im Budget 2008 6,9 Mio. CHF und ab dem Planjahr 2009 6,5 Mio. CHF. Die Strukturkosten werden auf die 10 Produktgruppen verteilt (vgl. Kommentar im Politikplan auf Seiten 10/11, Ziffer 6). Ausserdem unterliegen die IST-Strukturkosten (im Geschäftsbericht) der Aufsicht der Geschäftsprüfungskommission.

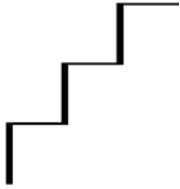
Die FiKoKo fordert den Gemeinderat auf, die Strukturkosten rascher zu reduzieren. Insbesondere sollen die Infrastruktur und die Personaldotation *unabhängig* von Pensionierungen oder Ersatzplanungen bei den Anlagen, Immobilien oder Fahrzeugen hinterfragt werden. Wenn sich aus solchen Überlegungen kostengünstigere Varianten ergeben, sind die entsprechenden Massnahmen (Outsourcing bzw. Abbau) unverzüglich umzusetzen.

Abfederung gemäss § 52 der FhO

Um den Übergang vom alten Rechnungsmodell zum Modell PRIMA zu erleichtern, ist in der Finanzhaushaltordnung eine (degressiv ausgestaltete) Abfederung vorgesehen. Von dieser Möglichkeit kann während 10 Jahren (2003 bis 2012, ab Inkrafttreten der FhO) Gebrauch gemacht werden. Im Politikplan werden die entsprechenden Beträge im Bereich Neutrales als "Einnahmen" ausgewiesen. Dies verändert das offizielle Jahresergebnis der Gemeinde Riehen (vgl. Politikplan, Seite 12, Zeile "Ergebnis der Produktsummenbudget/Produktsummenrechnung").

Investitionen/Cash Flow

Ab Seite 43 werden die geplanten Investitionen für den Planungszeitraum aufgelistet. Auf Seite 48 werden die Totale (getrennt nach Neu- und Ersatzinvestitionen sowie in Finanz-



Seite 4 und Verwaltungsvermögen) ausgewiesen. Die Gesamttotale der jeweiligen Jahre werden in die Gesamtübersicht auf Seite 12 des Politikplans übertragen.

Die Zeile „Ergebnis der Finanzrechnung“ auf Seite 12 des Politikplans zeigt den Finanzierungsbedarf, wenn alle geplanten Projekte realisiert würden (vgl. Kommentar im Politikplan auf Seite 11, Ziffer 6).

3. Anträge an den Einwohnerrat

1. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, dem "Beschluss des Einwohnerrats betreffend Genehmigung des Produktsummenbudgets 2007" zuzustimmen (vgl. Politikplan, Seite 55).

2. Im Dezember 2007 kann der Einwohnerrat für das Steuerjahr 2007 noch den identischen Steuerfuss wie 2006 beschliessen (32,4%); da sich im 2007 noch nichts an der Steuerlandschaft und an den gesetzlichen Grundlagen verändert hat. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, dem "Beschluss des Einwohnerrats betreffend Festlegung des Steuerfusses für die Steuerperiode 2007" zuzustimmen (vgl. Politikplan, Seite 55).

Finanzkoordinationskommission
Der Präsident:

Thomas Meyer

Riehen, 6. Dezember 2007